[s.n.]

Autor(en): **Stauber, Jules**

Objekttyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **111 (1985)**

Heft 21

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bundeshuus-Wösch

Lisette ist einem traurigen Bundeshausjournalisten begegnet. Hatte er doch einen so schönen Artikel geschrieben und einen noch besseren Titel gefunden ... und niemand hat ihm seine Prosa abgenommen. Es handelte sich um eine nichtzustandegekommene Volksinitiative eines wenig bekannten Wallisers, der für die Wiedereröffnung gewisser Häuser plädierte, in welchen gewisse Damen gewissen Herren ungewisse Dienste leisten. Nach den obligaten 18 Monaten konnte die Bundeskanzlei feststellen, dass von den notwendigen hunderttausend Unterschriften weit und breit nichts zu sehen war. Also schrieb es unser Redaktor nieder und versah den Text mit der prägnanten Überschrift: «Freudenhausinitiative verpufft ...» Humorlos seien die Schweizer, hat sogar ein Boulevardblatt entdeckt.

✢

Humorlos sind auch Genfer. Sollte da der offizielle Anpfiff eines grossen staatlichen Wohnungsbauprojektes gegeben werden, mit dem üblichen ersten Spatenstich, noch besser: mit dem ersten Aushub durch einen Trax. Als offizieller Gast wurde der kantonale Finanzminister und gleichzeitig Ständerat Robert Ducret eingeladen. Als er sich aber an die Hebel der Baumaschine setzen wollte, wieherte sofort der Amtsschimmel: das geht nicht! Ducret hat keinen gültigen Fahrausweis. Pech für den Ex-Bundesratskandidaten, hat er doch «nur» fünf andere gültige Ausweise: für den Töff, für Motorfahrzeuge bis 3,5 Tonnen, für Lastwagen jeder Kategorie, für Privatflugzeuge und für Hubschrauber.

✢

Fiel da der Lisette ein vergilbendes Heft des Wirtschaftsmagazins «Bilanz» in die Finger. Lesefrucht: «Ich verabscheue Mittelmässigkeit, vor allem, wenn sie anmassend wird.» Autor: Bundesrat und EMD-Chef Delamuraz. Woraus zu schliessen ist, dass besagter Magistrat sich bestimmt nicht für einen mittelmässigen Bundesrat hält. Und dass er dafür sorgen wird, dass Mittelmässigkeit und Arroganz, sofern vorhanden, im EMD ausgemerzt werden.

✢

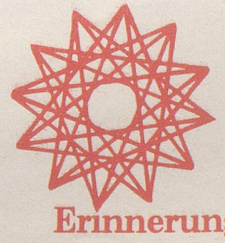
Aus Delamuraz' Hinweis auf die Mittelmässigkeit (siehe oben) lassen sich mit einigem Vorstellungsvermögen Rückschlüsse auf die innere Verfassung der Landesregierung und der Kollegialität ziehen. Da sich nämlich Delamuraz mit seinen Kollegen gut verträgt, anderseits jedoch Mittelmässigkeit nicht aushält, ist messerscharf zu folgern, dass zurzeit im Bundesrat die Mittelmässigkeit keinen Platz hat. Logischer Schluss: die Eidgenossenschaft wird derzeit überdurchschnittlich gut regiert. Beruhigend!

✢

Worin unterscheidet sich unser Aussenministerium vom Vatikan? In nichts. Hier wie dort glänzt der Chef durch Abwesenheit.

Lisette Chlämmerli

Pünktchen auf dem i



öff

Entweder – oder – oder

«Die oberste Zürcherin ist eine Frau» (La première Zuricoise est une femme), so titelte die «Tribune de Genève» die Meldung von der ersten Präsidentin des Zürcher Kantonsrates. – Entweder war man sich über das Geschlecht der Neugewählten tatsächlich nicht im klaren, oder die Gleichberechtigung der Geschlechter macht eine spezielle Erwähnung von Selbstverständlichkeiten notwendig, oder die Genfer Zeitungsleute litten an einer Gehirnleere.

☞

Das Personal der Schweizer Banken beklagte sich an seiner Delegiertenversammlung in Baden über den zunehmenden Stress und die abnehmenden Gestaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz. – Entweder hat das Bankpersonal für die Bosse mit dem Reingewinn von 1,5 Milliarden Franken (der drei Grossbanken) überhaupt nichts zu tun, oder diese Bosse halten sich an den alten Wahlspruch «Je grösser der König, um so schlimmer für die Knechte», oder das Bankpersonal erhält nunmehr seinen Lohn dafür, dass es als erstes aus der Teuerungsausgleichs-Front der Arbeitnehmer ausgeschert ist.

☞

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat zur Entlastung des inländischen Marktes insgesamt 600 Tonnen Rindfleisch für den Export in Länder ausserhalb der Europäischen Gemeinschaften freigegeben, wo es zum Kilopreis von 40 bis 50 Rappen abgesetzt werden soll. – Entweder ist diese Schleuderpreisaktion Zeichen einer verfehlten Politik, die mit Fleischpreisen von 12 bis 17 Franken das Kilogramm sich keinen Deut nach Angebot und Nachfrage richtet, oder das Bundesamt für Landwirtschaft will damit den Ruf der «humanitären Schweiz» aufpolieren, oder das Ganze ist ein Tourismus-Gag, mit dem die Schweizer angeregt werden sollen, auf der Iberischen Halbinsel, in Afrika sowie in den Oststaaten die Gelegenheit zu nutzen, von konkurrenzlos tiefen Preisen der schweizerischen Fleischprodukte zu profitieren.

☞

Fast gleichzeitig mit der Erklärung von Bundesrat Otto Stich, die Landesregierung werde die geltende pauschale Schwerverkehrssteuer nicht aufschieben oder ändern, bis über die koordinierten Verkehrsartikel ein Ersatz gefunden sei, hielt der Präsident der nationalrätlichen Verkehrskommission fest, die Kommission wolle vor ihrem Entscheid über eine allfällige Mehrbelastung des Dieselöls (als Ersatz für die Schwerverkehrssteuer) zuerst die Stellungnahme des Bundesrates abwarten. – Entweder wissen die Parlamentarier nicht, wie und wo man mit dem Bundesrat telefonieren kann, oder die rechte Nationalratskommission hatte keine Ahnung, was der linke Bundesrat tat, oder das Nebeneinandervorbeireden war blosser Auftakt für eine wegweisend neue koordinierte Verkehrspolitik.

STAUBER